

Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE / CHRISTIAN LEQUESNE

Das Jahr 1997 war geprägt vom unerwarteten Sieg der Sozialisten (319 von 577 Sitzen) bei den Parlamentswahlen im April und Mai, die notwendig wurden, nachdem Präsident Chirac die Nationalversammlung aufgelöst hatte. Der Sozialist Lionel Jospin hat im Juni 1997 Alain Juppé an der Spitze einer Koalitionsregierung abgelöst, in der Kommunisten und Grüne ebenfalls Minister stellen. Dieser Wechsel der Parlamentsmehrheit hat den Weg zu einer dritten Periode der Kohabitation in der fünften Republik freigemacht, die allerdings nicht grundsätzlich die europäischen Positionen Frankreichs modifiziert hat.

Die Regierung Jospin und die institutionelle Reform

Die europäische Feuertaupe für den neuen Premierminister hat nicht lange auf sich warten lassen. Bei seiner Ankunft im Matignon mußte sich Lionel Jospin umgehend in die Schlußverhandlungen zum Amsterdamer Vertrag stürzen. Er hat umgehend darauf hingewiesen, daß sich das französische Engagement für Europa auch unter seiner Regierung fortsetzen werde, sei es in bezug auf die gemeinsame Währung, die Reform der Verträge oder die Erweiterung nach Osten.¹ Das Beharren auf den Stabilitätspakt durch eine Erklärung über Wachstum und Beschäftigung während des Gipfels in Amsterdam hatte weniger zum Ziel, den Zeitpunkt der gemeinsamen Währung zu verzögern, als eher der neuen Mehrheit zu zeigen, daß der Premierminister sich nicht ohne Bestandsaufnahme jedem Detail der europäischen Konstruktion unterwirft. Die Erklärung sollte zudem die großen Befürchtungen in der französischen öffentlichen Meinung korrigieren, daß der Euro nur auf Kosten von Beschäftigung zu haben sei.

Bei seinen europäischen Aufgaben wird Lionel Jospin unterstützt von einem Außenminister, Hubert Védrine, und einem Finanzminister, Dominique Strauss-Kahn, die beide innerhalb der sozialistischen Partei überzeugte Befürworter der gemeinsamen Währung sind. Wie jeder Regierungschef muß aber auch Lionel Jospin in der europäischen Frage mit einer gespaltenen Mehrheit rechnen. Die an der Regierung beteiligten Kommunisten, Grünen und die Bürgerbewegung von Jean-Pierre Chevènement – er wurde Innenminister – haben ihre Opposition zum Inkrafttreten der dritten Phase der WWU nie verheimlicht.²

Der Wunsch sowohl Jospins als auch Präsident Chiracs, den Vertrag von Amsterdam auf parlamentarischem Wege zu ratifizieren, wurde von einigen Mitgliedern der regierenden Mehrheit wie auch der Opposition kritisiert. Kommunisten, Grüne und die Bürgerbewegung appellierten an den Premierminister, von Präsident Chirac die Einberufung eines Referendums zu verlangen, wie es bereits bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages der Fall war. Aus dem rechten Spektrum hat der

Gaullist Charles Pasqua das gleiche gefordert. Zudem ist eine Debatte unter den EU-Befürwortern darüber entbrannt, daß der Vertrag von Amsterdam nicht dazu beigetragen hat, die Institutionen zu stärken und daß dieser Mangel auf jeden Fall vor der nächsten Erweiterung behoben werden muß. Der Präsident des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten in der Nationalversammlung, Jack Lang, hat nur einige Wochen nach dem Europäischen Rat von Amsterdam betont, daß er keinen Vertrag ratifizieren werde, der nicht „die vorherige Umgestaltung des für die Erweiterung unerläßlichen institutionellen Systems vorsehe“.³ Im Geiste der belgisch-französisch-italienischen Erklärung im Anhang des Amsterdamer Vertrages haben einige Parlamentarier der Mehrheit wie auch der Opposition den Vorschlag gemacht, dem Gesetz zur Ratifikation einen Artikel 2 hinzuzufügen, der ein obligatorisches Engagement für die Weiterführung der institutionellen Reformen vor der ersten Beitrittswelle festlegt, und nicht erst ein Jahr vor dem Eintritt des einundzwanzigsten Mitgliedstaates, wie es der Vertrag vorsieht. Von Chirac und Jospin gemeinsam angerufen hat der Verfassungsrat am 31. Dezember 1997 eine Entscheidung gefällt, die zu einer Revision der Verfassung vor der Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam aufruft.⁴ Die Möglichkeit des Rates der Europäischen Union, nach einer Übergangszeit von fünf Jahren mit qualifizierter Mehrheit und in „Kodezision“ mit dem Europäischen Parlament in der Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik sowie für den freien Personenverkehr zu entscheiden, wurde in der Tat von den Verfassungsrichtern als inkompatibel mit den aktuellen Bedingungen der Ausübung von nationaler Souveränität angesehen. Wie für den Vertrag von Maastricht müßte sich die Ratifikation des Vertrages von Amsterdam also in zwei Etappen vollziehen, die vor Ende 1998 beginnen müßten. Zunächst müßte die Verfassungsreform mit der Einberufung des Kongresses (Nationalversammlung und Senat) eingeleitet werden. Danach müßte der Vertrag von Amsterdam nach dem gleichen Verfahren durch die Abgeordneten und Senatoren ratifiziert werden.

Am Ende des Europäischen Rates von Brüssel, auf dem die Fünfzehn am 2. Mai 1998 die Liste der Teilnehmer an der gemeinsamen Währung annahmen, hat Präsident Chirac teilweise seine Vorschläge für eine Reform der Institutionen der Union bekannt gemacht. Erst der Europäische Rat von Cardiff im Juni 1998 hat ans Licht gebracht, daß der Vorschlag, ein „Komitee der Weisen“ mit der Reflexion über die institutionelle Reform zu beauftragen, nicht von der Mehrheit der Staats- und Regierungschefs getragen wird. Als kleine Botschaft des Optimismus in ansonsten ziemlich geschwächten deutsch-französischen Beziehungen schlug der Brief von Kohl und Chirac am 9. Juni 1998 an Ratspräsident Tony Blair – im Hinblick auf den Europäischen Rat von Cardiff – in einer vagen Formulierung Achsen für die künftige Reform vor: stärkere Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, engere Koordination zwischen den verschiedenen Zusammensetzungen des Rates der Europäischen Union, tiefgreifende Reform der Strukturen der Kommission und ihrer Dienste.

Ohne sich über das Verfahren und einen genauen Zeitplan zu äußern hat die Regierung Jospin ihrerseits damit begonnen, im Frühjahr 1998 einige Vorschläge zu unterbreiten, die darauf abzielen, das institutionelle Fiasko von Amsterdam zu korrigieren.

Die deutsch-französischen Beziehungen und der Euro

Einer der Gründe für den Mißerfolg des Vertrages von Amsterdam ist ohne Zweifel die Tatsache, daß das deutsch-französische Paar, gespalten über die prinzipiellen Aspekte der institutionellen Reform (Ausweitung der Mehrheitsabstimmung, Reduzierung der Anzahl der Kommissare, Reform der Stimmgewichtung im Rat⁵), nicht in der Lage war, den Antriebseffekt zu erzeugen, der sich in der Vergangenheit oft als unerläßlich für die Vertiefung der Union erwiesen hatte. Die Kurzatmigkeit der deutsch-französischen Beziehungen findet ihre Ursachen auf beiden Seiten des Rheins. Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung führten dazu, daß Frankreich von der deutschen Regierung nicht mehr als das "nützliche Gegengewicht" zum Ausgleich der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Rußland gesehen wird. Zu dieser strukturellen Entwicklung kommt der „politische Verschleiß“ von Kanzler Kohl hinzu, angesichts einer öffentlichen Meinung, die sich eher auf die Arbeitslosigkeit als auf die guten Beziehungen mit Paris konzentriert. Auf französischer Seite haben die hitzigen Debatten, die die Ratifikation des Maastrichter Vertrages mit sich brachte, dauerhafte Spuren im politischen Leben hinterlassen, insofern als jede Regierung (der Rechten wie der Linken) nur dann neue Vorstöße der Europäischen Union akzeptieren kann, wenn diese nicht bei einem Teil der politischen Klasse unter Verdacht stehen, der Souveränität und den sozialen Errungenschaften des republikanischen Staates zu schaden. Dieser Druck ermutigt die französischen Regierenden keineswegs, „europäischen Aktivismus“ mit Deutschland zu zeigen. Premierminister Jospin hat seit dem Beginn seiner Amtszeit stets betont, daß die deutsch-französischen Beziehungen nicht exklusiv seien oder sich auf Kosten der anderen Partner der Europäischen Union entwickelten.⁶

Einige Analytiker haben geglaubt, in der Debatte um den Euro eine Gelegenheit zu erkennen, die es der deutsch-französischen Freundschaft erlaube, nach den Enttäuschungen von Amsterdam wieder ins Gleichgewicht zu kommen.⁷ Die Debatten, die der Entscheidung des Europäischen Rates in Brüssel vom 2. Mai 1998 über die elf Mitgliedstaaten für den Euro – eine Entscheidung, die im übrigen eher konform ging mit dem französischen Wunsch nach einem breiten Teilnehmerkreis als nach dem in Deutschland bevorzugten Modell des „eingeschränkten Clubs“ – vorangingen, haben jedoch einige Differenzen im Ansatz zwischen Paris und Bonn aufgezeigt. Während die Bemühungen um einen „optimalen“ Wechselkurs des Euro gegenüber der anderen Währungen in Deutschland stets äußerst verdächtig erschienen, hat die französische Regierung nicht gezögert, offen die Frage nach der Wechselkurspolitik zu stellen. Das Problem des Mächtegleichgewichtes innerhalb der Europäischen Zentralbank durch eine organisierte politische Struktur ist ebenfalls in der Debatte zwischen Paris und Bonn aufgetaucht. Während Frankreich beim Europäischen Rat von Luxemburg im Dezember 1997 die Einrichtung eines Euro-X-Rates anregte, der ein reines Koordinationsorgan der Wirtschaftspolitiken der Mitglieder der Eurozone wäre, hat Bonn darauf bestanden, daß dessen künftige Struktur nur einen „informellen Charakter“ haben dürfe.⁸ Angesichts des starken Druckes von Tony Blair für einen Platz der „outs“ im Euro-X-Rat, traf der Kompromißvorschlag von Theo Waigel, der den „outs“ einen Beobachterstatus ein-

räumte, auf eine entschiedene Ablehnung in Paris. Hinter dem französischen Konzept einer „Wirtschaftsregierung“ steht die Idee, daß – mangels einer eigenen politischen Struktur für den Euro-Raum – die Bürger geneigt seien, der Europäischen Zentralbank Verantwortlichkeiten zuzuschreiben, die den Rahmen ihrer Kompetenzen übersteigen, insbesondere in Fragen des Wachstums und der Arbeitslosigkeit.⁹

Der Konflikt zwischen Kohl und Chirac um die Ernennung des Präsidenten der künftigen Zentralbank läßt nicht unbedingt auf eine sorgfältig herausgearbeitete französische Position im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) schließen. Der französische Kandidat Jean-Claude Trichet, gegenwärtig Gouverneur der Banque de France, verfolgt in der Tat eine Geldpolitik, die sich nicht sehr von der des Niederländers Wim Duisenberg unterscheidet. Der Kraftakt von Jacques Chirac erklärt sich vor allem aus dem Wunsch, der französischen öffentlichen Meinung und insbesondere den „euroskeptischen“ Reihen in der RPR zu zeigen, daß Frankreich sich noch in Brüssel durchzusetzen weiß.

Diese Wiedergeburt des „traditionellen Gaullismus“ konnte in Deutschland nur als ein französischer Wille interpretiert werden, die Europäische Zentralbank zu kontrollieren, während die institutionelle Struktur der WWU jegliche Anwendung dieser Art praktisch unmöglich macht. Er hat außerdem Kanzler Kohl, der in der öffentlichen Meinung schon geschwächt ist, in eine sehr unbequeme Lage manövriert, so daß Analytiker schon geglaubt haben, mit dem deutlichen Fehlen jeglicher Solidarität von Jacques Chirac eine Wette über den Sieg von Gerhard Schröder bei den Bundestagswahlen im September 1998 abschließen zu können.

Während in Deutschland noch immer eine große Zahl von Eurogegnern verzeichnet werden kann, verabschiedeten Bundestag und Bundesrat Ende April 1998 dennoch praktisch einstimmig die Teilnahme Deutschlands am Euro. Im Gegensatz dazu betrachtet in Frankreich eine Mehrheit der Bevölkerung den Euro als einen Trumpf (59% Ende April 1998¹⁰), während die Abgeordneten sich einmal mehr innerhalb der verschiedenen politischen Familien in der Abstimmung am 24. April 1998 über den Resolutionsvorschlag¹¹ gespalten zeigten, der den Übergang zur gemeinsamen Währung empfahl.

Wenn auch der Text schließlich mit 334 (der Mehrheit der Sozialisten und der UDF) gegen 49 Stimmen (der Kommunisten, der Bürgerbewegung und einiger Sozialisten) verabschiedet wurde – die RPR hat nach einer internen heftigen Debatte, in der Wortführer wie Philippe Seguin und Edouard Balladur ihren Wunsch äußerten, dagegen zu stimmen, an dieser Abstimmung nicht teilgenommen. Einzig die Intervention von Jacques Chirac hat eine solche Entscheidung verhindert, woraufhin die RPR sich damit zufrieden gab, parallel zur Abstimmung einen Mißtrauensantrag gegen die Politik der Regierung Jospin zu stellen. Die Winkelzüge der RPR und auch der Parti Socialiste haben gezeigt, daß trotz einer positiven wirtschaftlichen Situation der Euro noch weit davon entfernt ist, als ein Vorstoß von der Gesamtheit der französischen politischen Klasse betrachtet zu werden.

Eine „kontrollierte“ Erweiterung

Die französische Position zur Erweiterung kann wie folgt zusammengefaßt werden: bedingungslose Unterstützung für die Rückkehr der Kandidaten in die europäische Familie, jedoch unter der Bedingung, daß der im März 1998 begonnene Prozeß unter „Kontrolle bleibt“.¹²

Die Reaktionen Frankreichs auf die „Agenda 2000“, die formulierten Präferenzen über die Zusammensetzung der ersten Kandidatenwelle und das Leitmotiv der institutionellen Reform als Vorbedingung für jegliche Erweiterung erlauben es, die Elemente einer Politik klar nachzuzeichnen, über die Maignon und Elysée sich ohne sichtbare Schwierigkeit einig sind. Was die Wahl der Kandidaten anbelangt, mit denen im Frühjahr 1998 die Beitrittsverhandlungen begannen, so hat sich Frankreich den Vorschlägen der Kommission angeschlossen und für eine differenzierte Behandlung der Kandidaten ausgesprochen.

Die gegenüber der Kandidatur der Türkei formulierten Bedenken haben besonders der französischen Diplomatie Probleme bereitet. Die Türkei verstand sich in der Tat als vollwertiger Kandidat, der integrierter Bestandteil am Prozeß der „Vor-Mitgliedschaft“ ist und der in diesem Sinne – wie die Staaten Mittel- und Osteuropas der zweiten Welle – von der Partnerschaftsstrategie profitiert. Als ein Anhänger einer Verankerung der Türkei in Europa aus politisch-strategischen Gründen hat Frankreich für eine Politik plädiert, die für ein Minimum an Inhalt und Perspektive für die Türkei in der Union sorgt.¹³ Jedoch mit wenig Erfolg, denn der Europäische Rat in Luxemburg machte die Intensivierung der Beziehung Türkei-EU von spezifischen Maßnahmen abhängig, insbesondere der Einrichtung von zufriedenstellenden Beziehungen mit Griechenland.

Die Eröffnung der Verhandlungen mit Zypern und die Aufnahme der Insel in die erste Welle der Kandidaten hat es Frankreich ebenfalls erlaubt, seine unterschiedlichen Auffassungen zu verstehen zu geben. Im Dezember 1997 hat Jacques Chirac während des Europäischen Rates in Luxemburg geäußert, daß es nicht möglich sei, Zypern in die EU zu integrieren, solange der griechisch-türkische Konflikt nicht geregelt sei. Er hat erreicht, daß die Fünfzehn auf die Anwesenheit von Vertretern des Nordens der Insel in der zypriotischen Verhandlungsdelegation bestehen. Der Starrsinn von Denktash hat Frankreich allerdings dazu veranlaßt, sich seinen Partnern anzuschließen und die Eröffnung der Verhandlungen mit der Regierung in Nikosia zu akzeptieren. Paris bleibt jedoch sehr reserviert gegenüber der Idee, diese zu beenden, wenn der unregelmäßige zypriotische Konflikt in die Union importiert werden müßte.¹⁴

Für den Augenblick macht Frankreich wie auch die Mehrheit seiner Partner den Eindruck, sich mit dem Teil der „Agenda 2000“ zufriedenzugeben, der den finanziellen Rahmen bis 2006 auf dem im März 1998 begonnenen Erweiterungsprozeß behandelt. Diese erste Etappe befindet sich in der Tat in den Grenzen des heiligen Plafonds für die Eigenmittel (1,27% des BIP der Gemeinschaft) und macht die Verhandlung eines neuen Finanzsystems nicht dringend notwendig.

Der programmierte Beitritt der ersten Länder ist erst in etwa für 2003 vorgesehen und sieht nur eine teilweise Anwendung der gemeinsamen haushaltsrelevanten

Politiken (Gemeinsame Agrarpolitik, Strukturpolitik) vor, was die Debatte über die Nettobeiträge für den Gemeinschaftshaushalt weit nach hinten verdrängt. Dieses Dossier, dessen Überprüfung mit Nachdruck von Deutschland, den Niederlanden und einigen neuen Mitgliedern (Österreich, Schweden) gefordert wurde, konnte in Frankreich kein Profil entwickeln. Als bescheidener Nettobeitragszahler am Gemeinschaftsbudget (1.727 Mio. ECU in 1995) und großer Nutznießer der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beeilte sich Frankreich damit, das Arbeitsdokument der Kommission vom Oktober 1997 zu unterstützen, das den „Haushalts-saldo“ analysiert und dessen Grenzen aufzeigt.

Über das Kapitel der notwendigen Reformen der Gemeinschaftspolitiken, wie es die „Agenda 2000“ vorsieht, hat die Debatte erst begonnen. Was die GAP angeht, wird die Fortsetzung der Reform von 1992, deren Philosophie auf einer Senkung der Preise, verbunden mit Kompensationszahlungen in Form von Einnahmebeihilfen beruht, nicht in Frage gestellt, unter der Bedingung, daß die Agrarleitlinie beibehalten wird.¹⁵

Nichtsdestotrotz wurden die von der Kommission im März 1998 präsentierten Vorschläge als „inakzeptabel“ beurteilt, sowohl vom Präsidenten der Republik als auch von der Regierung: Kohabitation verpflichtet. Die französischen Interventionen, die von der Kommission verlangen, die Vorschläge noch einmal zu überdenken, zeigen somit eine wirkliche Zuspitzung dieser Probleme sowie den Willen, die Senkung der Garantiepreise besser kompensiert zu sehen.

Die notwendige Reform der Strukturfonds, ohne die deren Ausweitung auf die neuen Mitglieder nicht möglich ist, hat bisher nicht zu einer sehr deutlichen Aussage geführt. Wenn auch die Beibehaltung der Politik, die die Gemeinschaftssolidarität mit den ärmsten Mitgliedsländern ausdrückt, nicht prinzipiell in Frage gestellt wird, so drohen die von den gegenwärtigen Mitgliedstaaten abverlangten Opfer zu einem schwierigen Kuhhandel zu werden. Für Frankreich ist das als wahrscheinlich angekündigte Herausfallen von Valencienne und Korsika aus der Ziel-1-Gruppe¹⁶ ein zentraler Punkt in der Debatte über die Regional- und Strukturpolitik.

Auf institutioneller Ebene schließt die französische Konzeption eines erweiterten Europas eine Konstruktion aus, die sich in Richtung einer Freihandelszone mit einigen Gemeinschaftspolitiken bewegt. Frankreich hat sich nicht mit der Unfähigkeit der Regierungskonferenz abgefunden, eine institutionelle Reform ins Leben zu rufen, die die Beibehaltung und die Entwicklung der Integration gleichermaßen garantiert. Es hört nicht auf anzumahnen, daß man die empfindsamen Reformen wieder in Angriff nehmen müsse, um die Spezifika der Gemeinschaft auch nach der Erweiterung bewahren zu können.

Die Europäische Union: internationaler globaler Akteur

Alle politischen Tendenzen zusammengenommen können die Franzosen als Befürworter der europäischen Konstruktion sich diese nicht als eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne eine politische Dimension und ohne eine diplomatische Ambition vorstellen, die sich auf ein Minimum an glaubwürdiger Verteidigung

stützt.¹⁷ Als Anhänger eines Europas als internationaler globaler Akteur erkennen die Verantwortlichen jedoch, daß diese Vision ein ganz speziell französisches Syndrom bleibt, angesichts der Partner, die eher zu euro-atlantischen Integrationskonzepten oder zu Konzepten einer Zivilmacht Europa neigen.¹⁸

Auf der Suche nach einer echten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die sicherlich nicht ohne Widerspruch ist, ist Frankreich relativ isoliert. Die vorsichtigen Vorstöße des Amsterdamer Vertrages in diesem Bereich verlangen laut Paris danach, durch die Nominierung einer Persönlichkeit von internationalem Format für den Posten des Hohen Vertreters für die GASP konkretisiert zu werden, die fähig ist, der Union Gehör zu verschaffen und sie zu repräsentieren.

In bezug auf die vertretenen Ambitionen für eine europäische Verteidigung befindet sich Paris künftig in einer unbequemen Lage. Frankreich hat im Oktober 1997 angekündigt, daß es die Verhandlungen im Hinblick auf die Rückkehr in die integrierten Strukturen der NATO beendet – mangels eines zufriedenstellenden Ausgleiches in den Verantwortlichkeiten der Kommandostrukturen zwischen Europäern und Amerikanern. Das Postulat von Jacques Chirac „mehr Allianz für mehr Europa, mehr Europa konsolidiert die Allianz“¹⁹ traf laut französischen Analysen auf amerikanische Widerstände und auf Divergenzen unter den Europäern über die Modalitäten der Reform der Allianz.

Was die NATO anbelangt scheint Paris die erreichten Reformen durch eine Kooperation „à la carte“ bewahren und die Instrumente für die Krisenbewältigung beibehalten zu wollen. Gegenüber der WEU hat Frankreich mangels einer programmatischen Annäherung EU-WEU mit dem Vertrag von Amsterdam eine pragmatische Verhaltensweise an den Tag gelegt, was der Außenminister „vom Vorhandenen ausgehen“ nennt. Hubert Védrine bedauert, daß die Operation „Alba“ nicht von der WEU geführt wurde und sieht weiterhin eine autonome Aktionskapazität der Europäer als wünschenswert an, wenn die Vereinigten Staaten in bestimmte Krisen nicht verwickelt werden wollen. Er hat vorgeschlagen, die „institutionelle Annäherung an die EU und die operationelle Annäherung an die NATO fortzusetzen, die Kohärenz der multinationalen europäischen Kräfte zu vertiefen und vor allem mehr Flexibilität im Entscheidungsprozeß einzuführen, indem ein konstruktiver Enthaltungsmechanismus akzeptiert wird, wie er für die GASP eingerichtet wurde“.²⁰

Anmerkungen

Übersetzt von Melanie Morisse-Schilbach, Doktorandin am Postgraduiertenkolleg „Das neue Europa“ an der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

1 Siehe die Erklärung zur allgemeinen Politik von Lionel Jospin vor der Nationalversammlung vom 19.6.1997, abgedruckt in *Le Monde* v. 21.6.1997.

2 Siehe Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela:

Frankreichs neue Linksregierung und Europa, in: *Politische Studien* 357 (1998), S. 33-45.

3 Jack Lang in *Le Monde* v. 19.8.1997.

4 Entscheidung 97-394 DC. Für einen Kommentar siehe Chaltiel, Florence: *Commentaire de la décision du Conseil constitutionnel relative au traité d'Amsterdam*, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne* 415 (1998), S. 73-84.

- 5 Siehe den Beitrag der Autoren im Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97 und auch La Serre, Françoise de, Christian Lesquene (Dir.): *Quelle Union pour quelle Europe? L'après traité d'Amsterdam*, Brüssel 1998.
- 6 Interview in *Financial Times* v. 9.12.1997.
- 7 Bourlanges, Jean-Louis: *L'Union européenne au lendemain d'Amsterdam: une évaluation politique*, in: *Pouvoir* 1998.
- 8 In dem Interview, das er *Le Monde* am 21.4.1998 gab, zögert Premierminister Jospin nicht, den Euro-X-Rat als einen Entwurf einer Wirtschaftsregierung zu sehen.
- 9 Siehe den Artikel von Dominique Strauss-Kahn, französischer Wirtschaftsminister, in: *Financial Times* v. 27.11.1997.
- 10 Siehe die Umfrage CSA-La Tribune, in: *La Tribune* v. 29.4.1998.
- 11 Ein Resolutionsvorschlag ist ein nicht bindender Text für die Regierung.
- 12 Siehe zu diesem Punkt die Konvergenz in den erklärten Positionen sowohl von Jacques Chirac (Pressekonferenz vom 17.4.1998, in: *Le Figaro* v. 18.4.1998) als auch von Pierre Moscovici auf dem Kolloquium "L'élargissement et les réformes institutionnelles en Europe", organisiert von der Nationalversammlung am 4.6.1997.
- 13 Vgl. *Agence Europe* v. 14.12.1997.
- 14 Vgl. *Le Monde* v. 17.3.1998.
- 15 Siehe besonders den Informationsbericht Nr. 425 der Delegation für die EU in der Nationalversammlung (Berichterstatter H. Nallet): *Agenda 2000: quel élargissement pour quelle Europe?*, November 1997.
- 16 Vgl. *Financial Times* v. 1.12.1997.
- 17 Siehe die Pressekonferenz von Jacques Chirac v. 17.4.1998 und das Interview von Außenminister Hubert Védrine in *Nouvel Observateur* v. 25.5.-3.6.1998.
- 18 Frankreich, im Gegensatz zu den meisten seiner Partner, hat es als „inopportun“ angesehen, die Vorschläge der Kommission über einen „Neuen transatlantischen Markt“ zu diskutieren und hat seine „grundsätzliche Uneinigkeit“ mit der von Leon Brittan präsentierten Initiative ausgedrückt.
- 19 Gnesotto, Nicole: *Défense européenne et partenariat atlantique*, in: La Serre, Françoise de, Christian Lesquene (Dir.), a.a.O.
- 20 Erklärung von Hubert Védrine auf der interministeriellen Versammlung der WEU in Erfurt am 18.11.1997.

Weiterführende Literatur:

- Bouvet, Laurent: *France-Allemagne: le bond en avant*, Paris 1998.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: *Frankreichs neue Linksregierung und Europa*, in: *Politi-*

sche Studien 357 (1998), S. 33-45.

- La Serre, Françoise de, Christian Lesquene (Dir.): *Quelle Union pour quelle Europe? L'après traité Amsterdam*, Brüssel 1998.